

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

Der vergessene Gründungs-Dachverband?

Jürgen Schmidt

Der (Nicht-)Erinnerungsort unserer Gegenwart, das Internet, verzeichnet bei dem Suchbegriff »Generalkommission der Gewerkschaften« rund 8.000 Treffer. Das ist für eine historische Institution, die nicht gerade im Zentrum des öffentlichen (und wissenschaftlichen) Interesses steht, nicht überwältigend, aber auch kein niederschmetterndes Suchergebnis für an Gewerkschaftsgeschichte Interessierte. Macht man sich allerdings daran, die Liste der Treffer für das Thema zu durchforsten, ist das Ergebnis deutlich weniger beeindruckend. Denn bereits nach rund hundert Treffern kommt der Hinweis der Suchmaschine, dass alle folgenden Einträge den ersten »100 angezeigten Treffern sehr ähnlich sind« (Stand 4. Juli 2020). Eine erinnerungspolitische oder -kulturelle Aufmerksamkeitswelle sieht anders aus.

Aber es gibt auch positive Resultate. So erwähnte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede zum 70. Jahrestag der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 21. Oktober 2019 zumindest die Generalkommission als Vorläuferin des DGB, freilich ohne weiter auf die Generalkommission einzugehen (Merkel 2019). Weitere öffentliche Resonanz fand sie 2017, als der Deutschlandfunk an ihre Gründung 1892 erinnerte (Köpcke 2017). Wiederum auf dem DGB-Festakt in Berlin im Oktober 2019 begann der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann seine Abschlussrede zwar mit einem erinnerungspolitischen Ansatz, dass »das Wissen um die eigene Geschichte hilft, eine Positionsbestimmung der Gegenwart vorzunehmen und Handlungsperspektiven für die Zukunft aufzuzeigen« (Hoffmann 2019). Doch im Folgenden nahm er als Referenzpunkt den 2. Mai 1933, als die Gewerkschaften zerschlagen wurden – ein zentraler Bezugspunkt in der Erinnerungskultur der Gewerkschaften, wie die Forschung inzwischen detailliert aufgezeigt hat (Berger 2015).

Hoffmann hatte bei einer Abschlussrede eines großen Festaktes keine Zeit für die historische Herleitung des DGB aus dem 19. Jahrhundert. Aber generell

stellt sich die Frage, warum die Generalkommission eine eher untergeordnete Rolle in der Erinnerungspolitik und -kultur der Gewerkschaften spielt (siehe auch Schönhoven 1992, S. 226). Eine der grundlegenden Ursachen liegt sicher darin, dass das 19. Jahrhundert und das deutsche Kaiserreich als Ort, auf den sich gesamtgesellschaftliche Debatten beziehen, verblasst sind. Das gilt auch für die Initiativen zur Gewerkschaftsgeschichte im letzten Jahrzehnt, die sich vornehmlich auf das 20. Jahrhundert konzentrierten und das 19. Jahrhundert eher am Rande behandelten, obwohl letzteres immer wieder als Zeitraum für die Entstehung der »Moderne« herangezogen wird (Aschmann 2019).

Aber die Erinnerungslücke »Generalkommission« hat auch mit der Institution selbst zu tun. Erinnerungspraktisch wird das Gedenken schon dadurch erschwert, dass man zwei Gründungsdaten angeben kann: zum einen die Gewerkschaftstagung in Berlin am 16. und 17. November 1890, bei der die Generalkommission aus der Taufe gehoben wurde; zum anderen den ersten deutschen Gewerkschaftskongress in Halberstadt vom 14. bis 18. März 1892, bei dem die Generalkommission institutionalisiert wurde. Der erwähnte Beitrag im »Kalen-derblatt« des Deutschlandfunks hatte das letztere Datum gewählt. »Jahrestage sind ein wichtiger Kitt in unserer fragmentierten Gesellschaft«, meinte Frank Bösch. Wenn aber selbst der Grundstein erst noch diskursiv verankert werden muss, erschwert das die Herstellung »einigender Momente« (Bösch 2019).

Darüber hinaus verlief der Start der Generalkommission in den 1890er Jahren keineswegs glanzvoll. Vielmehr waren die Stellung, die Aufgaben und die Bedeutung des überverbandlichen Gremiums umstritten, vollzog sich der Auf- und Ausbau der Organisationsstruktur mühsam. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts stabilisierte sich zwar die Generalkommission und fand Anerkennung bei den Einzelgewerkschaften, aber das Verhältnis zu den Einzelverbänden blieb angespannt. Zudem repräsentierte Carl Legien zwar die Generalkommission als Vorsitzender während ihrer gesamten Existenz und war ihre herausragende Führungsfigur. Doch er konnte sich nie einen solchen Nimbus erwerben wie beispielsweise August Bebel. Schließlich dürfte die anpassungsbe- reite Rolle der Generalkommission bei Kriegsausbruch 1914 und in der Burgfriedenspolitik im Krieg eine erinnerungsfreudige Auseinandersetzung erschwert haben, zumal diese Entscheidungen unmittelbar vor dem Krieg und im Krieg zu ihren letzten zentralen richtungsweisenden gehörten: Denn im Juli 1919 wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) als Dachverband abgelöst.

Welche Erinnerungsspuren der Generalkommission lassen sich angesichts ihrer schwierigen Verbandsgeschichte finden? Als Erfolgsgeschichte, die das Narrativ vieler Gewerkschaftserinnerungen abgibt (Andresen 2014, S. 206f.),

ließ sich die Entwicklung der Generalkommission nicht von ihrem Beginn an erzählen. Welche Muster zeichneten sich daher in der Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik ab? Ist die hier knapp einleitend entwickelte These der »Erinnerungslücke Generalkommission« berechtigt? Diesen Fragen geht der vorliegende Beitrag nach und blickt dabei auf drei Themenfelder. Zunächst wird die Generalkommission in allgemeinen Darstellungen sowie in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik, der frühen Bundesrepublik und der DDR beleuchtet. Anschließend werden die Erinnerungen und das Gedenken an Carl Legien betrachtet, der über das »Stinnes-Legien-Abkommen« zum Schulbuchwissen der Geschichte der Weimarer Republik zu zählen ist. Schließlich wird auf die erinnerungspolitischen und -kulturellen Impulse der Gewerkschaften, des Gewerkschaftsdachverbandes und in der Gesellschaft geblickt.

Mit diesen drei Themenfeldern werden Erinnerungspolitik und Erinnerungskulturen in einem breiten Verständnis als Oberbegriffe »für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse« verwendet (Cornelißen 2012). Dies schließt den »geschichtswissenschaftlichen Diskurs« sowie die »Geschichts- und Vergangenheitspolitik« ein, die die »Erinnerung an bestimmte historische Ereignisse, Prozesse oder Personen in politischer Absicht und zu politischen Zwecken« (Schneider 2018, S. 5) fördern. Denn letztlich gilt, dass Historiker*innen sowohl »bei den Erinnerungsproduzenten« mitwirken als auch »auf Seiten derer, die bestimmte Erinnerungsgeschichten als unzutreffend nachweisen und ihnen so die gesellschaftliche Wirkung nehmen wollen« – wenn auch »nicht vorrangig« (Langewiesche 2006, S. 18 f.).

Darüber hinaus wird in den Abschnitten zu Carl Legien und dem gewerkschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Gedenken auf die engere Begriffsbildung zurückgegriffen, die »Erinnerungskultur« im Sinne einer »für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit« verwendet – »mit den verschiedensten Mitteln und für die verschiedensten Zwecke« (Hockerts 2002, S. 41).

Die Generalkommission in der Diskussion und der Erinnerung

National ausgerichtete Einzelgewerkschaften gab es seit der Revolution von 1848 immer wieder in Deutschland. Zwar existierten bereits vor 1890 Vorbilder sowohl in Deutschland als auch außerhalb für einen übergreifenden gewerkschaftlichen Dachverband – insbesondere ist der 1868 in England gegründete Trades Union Congress (TUC) zu nennen, und auch die liberalen Hirsch-Dunckerschen

Gewerkvereine hatten sich bereits 1869 eine zentrale Verbandsstruktur gegeben (Fleck 1994, S. 296 ff.). Doch die freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten sich – maßgeblich bedingt durch das Sozialistengesetz von 1878 – keine Dachorganisation geschaffen. Gewerkschaftsarbeit und -organisation war eng an die beruflichen und betrieblichen Erfahrungen gebunden. Das war eine Stärke, die sich in der Zeit des Sozialistengesetzes zwischen 1878 und 1890 bezahlt machte, da so auf lokaler Ebene gewerkschaftliche Fachverbände sich trotz Verfolgung konstituieren konnten und überlebten.

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes und den damit einhergehenden neuen Möglichkeiten wuchs die Idee eines gesamtgewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Es ist hier nicht der Ort, um die Entstehungs- und Organisationsgeschichte der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« im Einzelnen nachzuzeichnen – die Fragestellungen sind andere. Doch ein einordnender Überblick scheint mir notwendig zu sein.

Den Ausgangspunkt zur Gründung einer gewerkschaftlichen Dachorganisation bildete das Ende des Sozialistengesetzes. Hinzu kam die Erfahrung eines gescheiterten Arbeitskampfes in Hamburg im Jahr 1890. Überregionale Absicherungen und Abstimmungen, um an Schlagkraft zu gewinnen und sich gegenseitig abzusichern, erkannten die Gewerkschaften als Ziel. Auf Initiative der Metallarbeiter-Gewerkschaft trafen sich am 16. und 17. November 1890 in Berlin die Vorstände der sogenannten freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Strategie, über Konferenzen bzw. Kongresse Arbeiterorganisationen zu vernetzen, war der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten vertraut. Die Idee, einen gewerkschaftlichen Dachverband zu gründen, hatte es bereits in den 1870er Jahren gegeben, war dann aber aufgrund des Sozialistengesetzes nicht realisiert worden (Schröder 1965, S. 130 ff.; Brunner 1992a, S. 41 f.; zur Kongressidee Schmidt 2018, S. 240 ff.).

Auf der Berliner Konferenz wurde 1890 ein siebenköpfiges Gremium gewählt, das fortan als Generalkommission firmierte und dem mit Emma Ihrer auch eine Frau angehörte – sie wurde allerdings 1892 nicht wiedergewählt. An ihre Stelle trat bis 1899 Wilhelmine Kähler; seitdem gehörte keine Frau mehr der Generalkommission an (siehe allgemein Holland 2019, S. 77 f.). Den Vorsitz hatte der Drechsler Carl Legien, der schon Organisationserfahrungen als Leiter der »Vereinigung der Drechsler Deutschlands« gesammelt hatte. Da Legien und zwei weitere Vorstandsmitglieder (Adolf Dammann und Adolph von Elm) ihren Wohnsitz in Hamburg hatten, wurde die Hansestadt zum Sitz der Generalkommission bestimmt (ab 1903 Berlin). Auf Initiative von Carl Legien erschien seit 1891 das *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, das Legien zunächst allein redigierte. Zu ihren Hauptaufgaben zählte die

Generalkommission, »die im Kampf um ihr Koalitionsrecht stehenden Arbeiter durch die Beschaffung der nötigen Geldmittel tatkräftig zu unterstützen« (Berliner Volksblatt, Nr. 270, vom 19. November 1890, zit. nach Schröder 1965, S. 207).

Die meisten von ihr unterstützten Streiks 1890/91 scheiterten jedoch; die Einzelgewerkschaften fühlten sich zu wenig in das Vorgehen der Generalkommission integriert, und finanziell stand diese sowie ihr geplanter nationaler Streikfonds auf äußerst schwachen Beinen. Unter diesen wenig aussichtsreichen Auspizien fand 1892 – »klassisch« erinnerungspolitisch terminiert – vom 14. März (9. Todestag von Karl Marx) bis zum 18. März (Revolution 1848) der erste gesamtdeutsche Gewerkschaftskongress statt. Vertreten waren ausschließlich sozialdemokratische Gewerkschaften. Im von Klassenstrukturen gezeichneten Kaiserreich war an eine Einheitsgewerkschaft nicht zu denken. Der Generalkommission wurden auf dem Halberstädter Kongress ihre Handlungsmöglichkeiten stark beschnitten. Insbesondere die Streikunterstützung wurde ihr entzogen.

Der entscheidende Erfolg für die Generalkommission in Halberstadt lag darin, dass ihre Existenz gesichert wurde und dass die teils massiven Attacken gegen sie (ein »todtgeborenes Kind«, Scharrer 1991, S. 23) abgewehrt werden konnten. Kritik ging vor allem von den sogenannten Lokalisten aus, die sich gegen eine Zentralisierung der Gewerkschaftsarbeit aussprachen. Doch fanden die Lokalisten, die besonders in den in Fachvereinen organisierten Spezialberufen mit (lokal) geringen Beschäftigtenzahlen sowie im Baugewerbe ihre Hauptstütze hatten, auf dem Halberstädter Kongress keine Mehrheit. Die Tendenz ging in Richtung Zentralisation in Berufsverbänden; dafür eine überverbandliche Einrichtung zu haben, sicherte der Generalkommission ihre Existenz (Schönhoven 1987, S. 62–64; Schneider 1989, S. 74–78).

Allerdings bedeutete Halberstadt für die Generalkommission noch keineswegs die endgültige Trendwende. In die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften war auch die Generalkommission involviert, verstärkt durch die persönliche Abneigung zwischen den Protagonisten August Bebel und Carl Legien (Führer 2009, S. 69, 124). Auf dem zweiten Gewerkschaftskongress 1896 in Berlin brachte der starke Metallarbeiterverband sogar die Auflösung der Generalkommission ins Spiel, fand aber keine Zustimmung (Varain 1956, S. 17 f.).

Zwei neue Aufgabenfelder brachten der Generalkommission in den folgenden Jahren ein wachsendes Renommee. Zum einen kümmerte sie sich um die gewerkschaftliche Organisation in den ländlich geprägten Gebieten Ostpreußens, zum anderen baute sie eine Statistikabteilung auf, die die Einzelgewerkschaften mit Informationen über Löhne, den Arbeitsmarkt und die Auswirkungen der Sozialpolitik versorgte. In der politischen Auseinandersetzung um die

sogenannte Zuchthausvorlage, die eine Verschärfung des Strafrahmens bis hin zu Zuchthausstrafen von fünf Jahren vorsah, wenn Arbeiter zur Teilnahme an Streiks gezwungen würden, lieferte die Generalkommission 1899 eine propagandistische Meisterleistung. Sie verteilte gegen das Gesetzesvorhaben 3,5 Millionen Flugblätter. Damit gewann sie auch den Respekt der Sozialdemokratie.

Dennoch blieb das Verhältnis zur Sozialdemokratie – ähnlich wie das der Einzelgewerkschaften zur Partei – schwierig, etwa bei der Massenstreikfrage; und es war Carl Legien, der als Vorsitzender der Generalkommission immer wieder auf den sozialdemokratischen Parteitagern mit August Bebel (und anderen) aneinandergeriet, wenn er auf die Eigenständigkeit der Gewerkschaften pochte – die dann im Mannheimer Abkommen auch endgültig festgeschrieben wurde (Führer 2009, S. 99 f., 105, 123–134; Schröder 1965, S. 336–338; Schönhöven 1987, S. 67–69).

Weitere Aufgaben und Erfolge kamen um und nach 1900 hinzu. Die Generalkommission engagierte sich immer stärker in der Sozialpolitik und baute ab 1910 eine sozialpolitische Abteilung auf. Zunehmend kümmerte sie sich darum, Gewerkschaftsfunktionäre auf ihre Aufgaben vorzubereiten und fortzubilden (Brunner 1992a, S. 45; Führer 2009, S. 112 f.). Nach 1900 hatte sie sich endgültig im sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskosmos etabliert – weniger im Milieu, da die Mitgliederkontakte vor allem über die Gewerkschaften vor Ort und ihre Organisationen liefen, dafür umso mehr als einflussreicher Teil im politischen System und Geschehen des Kaiserreichs.

So kam der Generalkommission im Sommer 1914 vor dem Kriegsausbruch eine wichtige Rolle zu. Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die Generalkommission stellten sich an die Seite der Reichsregierung und erklärten sich bereit, das Kaiserreich zu verteidigen. Dies war für Carl Legien und die Generalkommission »kein Bruch, sondern die logisch zwingende Fortsetzung der gewerkschaftlichen Vorkriegspolitik« (Führer 2009, S. 169). Die Generalkommission blieb im Krieg »auf Burgfriedenskurs, um ihre [...] gewonnene Reputation als Verhandlungspartner des Staates und als Akteur auf dem Arbeitsmarkt nicht zu verspielen«.

Diese Vermittlungsrolle wurde schließlich auch eingesetzt, um das Stinnes-Legien-Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im November 1918 auszuhandeln, das den Gewerkschaften den Vertretungsanspruch der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern garantierte – ein Erfolg, da vorher gerade Unternehmer der Schwerindustrie, wie Hugo Stinnes, diesen Vertretungsanspruch nicht akzeptiert hatten. Die Unternehmerseite profitierte von dem Abkommen, da es sie vor »Sozialisierungsmaßnahmen weitgehend schützte«.

Im Sommer 1919 erfolgte der Übergang der Generalkommission in den »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund«, der nach wie vor nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften umfasste und eine hohe personelle sowie organisatorische Kontinuität zur Generalkommission aufwies (Schönhoven 1992, S. 231 f.; Potthoff 1987, S. 26 f., 30 f.; Brunner 1992b, S. 299–301).

Die Generalkommission in Darstellungen und im Spannungsfeld von Ost und West

Die Forschungen und Darstellungen, die sich dezidiert mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auseinandersetzen, sind überschaubar. Eingebettet ist die Geschichte der Generalkommission in der Regel in die Geschichte der Gewerkschaften und Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen. Dies gilt auch für ihre erste ausführlichere Darstellung aus der Feder des leitenden Redakteurs des *Correspondenzblattes*, Paul Umbreit. Er verfasste im Kriegsjahr 1915 sein Buch über »25 Jahre Deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890–1915« als »eine Gedenkschrift zur Erinnerung an das Vierteljahrhundert der Entwicklung und Kämpfe, das die deutschen Gewerkschaften und die Generalkommission seit der Begründung der letzteren zurückgelegt haben« (Umbreit 1915, Vorwort).

Das Buch erschien im hauseigenen Verlag der Generalkommission. Dass das Gründungsjubiläum »mitten in die Zeit des Völkrieges fällt, daß Hunderttausende unserer Mitglieder auf blutigen Schlachtfeldern im Dienst des Vaterlandes ihre Pflicht erfüllen«, könne

»kein zwingender Grund sein, diesen Tag ganz mit Stillschweigen zu übergehen, denn die deutschen Gewerkschaften gehören zu den Kulturschöpfungen, die den Weltkrieg überdauern und die auch in diesem Kriege sich als Elemente der Volksorganisation bewährt haben, nicht allein zum Wohle ihrer Mitglieder, sondern auch zum Segen des gesamten Volkes« (ebd.).

Trotz dieser im Krieg publizierten Schrift mit ihrer staatstragenden Einführung ging Umbreit auch auf die Konfliktlinien zwischen Gewerkschaften und Staat ein, behandelte etwa den Kampf gegen die Zuchthausvorlage und schilderte die schweren Arbeitskämpfe. Gewerkschaftsgeschichte wurde als erfolgreich bestandene Auseinandersetzungsgeschichte erinnert, die in Organisationsmacht und solidarisches Handeln der Arbeiterschaft mündete. In der unmittelbaren Gegenwart des Krieges galt die Gemeinschaft klassenübergreifend. Doch es war erst und nur der Krieg, der diese neue Sichtweise ermöglichte:

»und es bedurfte erst des Beweises der Einmütigkeit der Arbeiterklasse mit allen übrigen Bevölkerungsklassen in der Verteidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde, um das unberechtigte Vorurteil zu zerstreuen, daß die Gewerkschaften staatsfeindlich seien« (ebd., S. 145).

Für die Zeit nach dem Krieg erwarteten die Gewerkschaften daher die volle Anerkennung für ihre Pflichterfüllung und eine »von sozialen Gesichtspunkten geleitete Politik« (ebd., S. 154). Zu Umbreits Darstellung der Generalkommission kamen in der Weimarer Republik keine weiteren grundlegenden Studien über den Dachverband hinzu. Abgerechnet mit der Generalkommission wurde allerdings unmittelbar nach dem Krieg auch schon. Hermann Liebmann, der 1917 wegen der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik der USPD beigetreten war, listete 1919 ein »Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands« auf (Liebmann 1919).

Erst ab den 1950er Jahren entstanden in der Bundesrepublik und der DDR weiterführende, wissenschaftliche Arbeiten. Zentral waren dabei Heinz Josef Varains Studie, die prominent von der »Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« 1956 herausgegeben wurde, sowie Wolfgang Schröders Dissertation, die er bei Ernst Engelberg verfasste. Nur kurz gestreift wurde dagegen die Generalkommission in Josef Kurths Studie, die sich zum Ziel setzte, die »Erinnerung an jene menschlichen Kräfte und Werte« wachzuhalten, »die einst den Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung möglich machten« (Varain 1956; Schröder 1965; Kurth 1957, S. 5).

Gewerkschaftsgeschichte und die Geschichte der Generalkommission geriet damit in den ideologischen Ost-West-Konflikt. Die westdeutsche Geschichtswissenschaft würde versuchen, »Gewerkschaftsbewegung und Marxismus als völlig entgegengesetzte Pole« auszulegen und die Gewerkschaften »als ›Ordnungsfaktor‹ darzustellen und die Geschichte der Kampforganisation des Proletariats in eine Geschichte der ›Integration‹ in den imperialistischen Ausbeuterstaat zu verfälschen«, urteilte Wolfgang Schröder (1965, S. 13).

Letztlich war es aber Schröders materialistisch-klassenkämpferische Interpretation der Generalkommission, die sie als antimarxistische Organisation brandmarkte. Insbesondere unter ihren beiden zentralen Führungsfiguren Adolph von Elm und Carl Legien habe sie sich von einer sich »revolutionär orientierenden, kämpferischen« Gewerkschaftsbewegung zu Beginn der 1890er Jahre »zu einem reaktionären, sozialchauvinistischen, konservativen Trade-Unionismus« entwickelt. Legien und »führende deutsche Gewerkschaftsfunktionäre« seien wegen ihrer »Mißachtung der marxistischen Theorie« früh »in den Sumpf des Opportunismus« abgerutscht. Insgesamt hätten die »opportunistischen Ge-

werkschaftsführer« in der Generalkommission »die Kampfkraft der Massen« gelähmt und stünden damit eindeutig gegen Lenins Einsicht, dass »die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes letzten Endes nur durch Gewalt entschieden (werden)« (Schröder 1965, S. 12, 202 f., 244, 351 f.).

Trotz aller quellenkritischen Akribie Schröders und eines wohlwollenden Blicks auf die Gründungsphase der Generalkommission musste sich die Darstellung in eine ideologische Geschichts-, Vergangenheits- und Erinnerungspolitik einordnen. Die Arbeit der Gewerkschaften wurde politischer Aktualisierung angepasst, ja gefügig gemacht.

Diese geschichtsideologische Einordnung stand im grundlegenden Gegensatz zu den Erkenntnissen, die Heinz-Josef Varain aus seiner Beschäftigung mit der Generalkommission zog. Er sah in der Arbeit der Generalkommission und der Gewerkschaften ihre wesentliche Aufgabe auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet. Dank der Erfolge in diesem Bereich bahnten die Gewerkschaften »eine schrittweise Annäherung großer Teile der Arbeiterschaft an die Ordnung des sie umgebenden Staats und Gesellschaftslebens« an.

War die eigentliche Botschaft hier noch historisch eingebunden, machte der Klappentext die erinnerungspolitische Funktion von Varains Studie explizit: »Das Wirken im Staat, nicht gegen den Staat, war die Aufgabe, die sich Carl Legien als Vorsitzender der Generalkommission [...] gesetzt hatte und auch auszuführen verstand« (Varain 1956, Klappentext). Die existierende Einbindung der Gewerkschaften und des DGB in die bundesrepublikanische Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wurde explizit hervorgehoben. Die klassenkämpferische Erinnerung sollte gekappt werden.

Noch eindeutiger hatte Josef Kurth den Zweck für das Verfassen seines Gewerkschaftsabrisses begründet: »Gewerkschaften sind eine der wichtigsten Stützen des demokratischen Gefüges in unserem Lande« und »wichtige Träger der Hoffnung auf eine noch weitergehende Demokratisierung unser Gesellschaft«. Und im fundamentalen Gegensatz zu Wolfgang Schröders leninistischen Kampfpaparen einige Jahre später, meinte Kurth: »Alle Versuche, mit undemokratischen Mitteln dem Ziel der Arbeiterbewegung zu dienen, führen – so lehrt uns die Geschichte und die Gegenwart – nur in noch größere Unfreiheit der Arbeiterschaft« (Kurth 1957, S. 5).

Für die Erinnerungskulturen in West- und Ostdeutschland hieß dies, dass die Gewerkschaftsgeschichte und die Geschichte der Generalkommission den jeweiligen Ideologien entsprechend für die eigenen Zwecke instrumentalisiert wurden (siehe auch Schneider 2018, S. 24f.).

Carl Legien als erinnerte Persönlichkeit

Zahlreiche Straßen heißen »Legienstraße«. Im Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg steht die Wohnstadt Carl Legien, und am idyllisch am Engelbecken gelegenen Legiendamm in Berlin-Kreuzberg findet sich ein Denkmal mit der Büste Carl Legiens und der Inschrift »Schöpfer und Organisator der neuzeitlichen Gewerkschaftsbewegung«. Eingeweiht wurde die Büste, die von dem Bildhauer Karl Trumpf stammt, 1961 in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt. 1978 wurde die Büste entfernt und 1989 erneut aufgestellt. Vierzehn Jahre später ließ man die Bronzestatue durch eine Kunststeinabform (von Ute Hoffritz) ersetzen, weil die in unmittelbarer Nähe stehende Bronzestatue von Hans Böckler 2011 von Metallschurk gestohlen worden war. Das Denkmal wurde in Anwesenheit des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer am 20. August 2013 wieder eingeweiht und Legien wurde von Sommer als »überzeugter Demokrat« gewürdigt, der »die Organisation der Interessen der Arbeitnehmer national und international maßgeblich mitgeprägt« habe.

War diese Denkmal-Erinnerungsgeschichte des Vorsitzenden der Generalkommission über die Jahrzehnte hinweg schon disruptiv, erwies sich das Gedenken an Carl Legien bereits in der Weimarer Republik als zwiespältig. Karl Christian Führer hat nachgezeichnet, wie die scheinbar beeindruckende Würdigung des Gewerkschafters Carl Legien, auf dessen Namen Hugo Stinnes ein Fracht- und Passagierschiff seiner Flotte am 20. Mai 1922 taufen ließ, keineswegs nur als eine respektable Ehrung wahrgenommen wurde, sondern auch für erhebliche Missklänge sorgte.

Dass der Großindustrielle Hugo Stinnes seinen Verhandlungspartner Carl Legien, mit dem er im November 1918 das nach den beiden benannte Abkommen unterzeichnet hatte, mit einer Schiffstaufe würdigte, zeugte von Respekt und Anerkennung für den Gewerkschafter. Entsprechend war mit Friedrich Ebert und Otto Braun die politische Elite der Republik und der Sozialdemokratie beim Festakt der Schiffstaufe in Wilhelmshaven anwesend. Allerdings hatte Stinnes nach 1918 gegen die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages gekämpft, und in der konkreten tarifpolitischen Situation des Jahres 1922 kam es in Stinnes' Unternehmen sowie in anderen Metallindustriebetrieben zu Massenaussperrungen. Es war eine »gleichsam »vergiftete« Festlichkeit«, an der Theodor Leipart – Legiens Nachfolger an der Spitze des ADGB – sich daher weigerte teilzunehmen (Führer 2009, S. 7–10).

Das erinnerungspolitische Signal, das mit dieser Zeremonie ausgesendet wurde, zielte auf eine Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit, möglicherwei-

se auch auf ein politisches Stillhalteabkommen zwischen alten und neuen Eliten, da neben der sozialdemokratischen Staatsspitze mit Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg Vertreter des konservativen alten Regimes bei der Schiffs-Taufe anwesend waren. Die zwiespältige Ehrung Legiens repräsentierte daher vor allem jene Erinnerungsstruktur, die sich *auch* mit der Generalkommission verknüpfte: eine Organisation, die einen antirevolutionären Kurs steuerte und mit dem Kriegsbeginn eine tragende Rolle im Staat spielte.

Ausgeblendet blieben bei einer solchen Zeremonie das klassenkämpferische Moment, die Auseinandersetzung in den Unternehmen, die Unterstützung streikender Arbeiter*innen und der Widerstand gegen staatliche Willkür, für die die Generalkommission in der Zeit des Kaiserreichs ebenfalls stand. Die Nichtteilnahme von Theodor Leipart lässt sich daher auch so interpretieren, dass es dem ADGB darum ging, *diese* Aspekte in der gewerkschaftsinternen Erinnerung wachzuhalten und die Generalkommission nicht allein als eine staatstragende Organisation vereinnahmt sehen zu wollen. Zudem hatte die Mehrfachstrategie der Generalversammlung mit der Streikunterstützung einerseits sowie der Propagierung von sozialpolitischen Reformen und der Option von Verhandlungen mit den Unternehmern andererseits den Arbeiter*innen zu materieller und rechtlicher Besserstellung verholfen.

Der »Blick auf das augenblicklich Mögliche« (Köpcke 2017) brachte mehr Geld in die Haushalte der Arbeiterschaft als theoretische klassenkämpferische Diskussionen. Ein unbestreitbarer Erfolg, den die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder zwar höchstwahrscheinlich nicht ihrem Dachverband zuschrieben, aber den die Generalkommission dennoch für sich reklamieren konnte und an den sich erinnern ließ, wenn es um die Legitimität der eigenen Arbeit ging.

Überhaupt ließ sich mit Legien und seiner Lebensleistung die Geschichte der Generalkommission doch als Erfolgsgeschichte erinnern. Der gelernte Drechsler hatte es an die Spitze der zentralen Gewerkschaftsorganisation geschafft, bis 1896 weitgehend allein die Organisationsarbeit gemeistert – zwischen 1892 und 1894 hatte er 4.610 Briefe geschrieben (Führer 2009, S. 108 f.) – und diese Institution zu einer anerkannten Größe in der Politik und in der Gewerkschaftsarbeit ausgebaut. An diese persönliche Leistung und diesen musterhaften sozialdemokratischen Aufstiegs-Lebenslauf ließ sich trotz aller Divergenzen mit den Einzelgewerkschaften problemlos und identitätsbildend erinnern.

Hinzu kam, dass Legien in der Weimarer Republik für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auch als Symbol für Republik und Demokratie stand. In der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 15./16. Februar 1927 hieß es:

»Eine Büste *Karl Legiens* wird nach dem Beschluß des Bundesvorstandes angefertigt und im Bundeshaus aufgestellt. Es ist ferner beabsichtigt, Abgüsse von dieser Büste für Gewerkschaftshäuser und Gewerkschaftsbüros herzustellen. Daneben wird versucht, eine künstlerische Radierung mit *Legiens* Bildnis vervielfältigen zu lassen. Die deutsche Kunstgemeinschaft hat angeregt, ebenso wie die monarchischen Kreise überall Symbole für den Monarchismus aufgestellt haben, auch für die Republik größere Propaganda durch republikanische Symbole zu machen. Dazu gehört, daß auch die Führer der Gewerkschaften im Porträt festgehalten und in den Büros usw. ausgestellt werden« (Sitzung des Bundesausschusses, 15./16. Februar 1927. In: Kuckuck/Schiffmann 1986, S. 857).

Doch generell stellt sich die Frage, ob über die Erinnerung an eine Person auch direkt an die entsprechende Institution erinnert wird. In den Nachrufen auf Carl Legien erscheint zwar gelegentlich die Generalkommission als zentrale Wirkungsstätte seines Lebens. Aber erinnert wird der »große Realpolitiker der Arbeiterbewegung«, der »Meister organisatorischer Gestaltung und gewerkschaftlicher Strategie«. So sehr Legien ihr seinen Stempel aufdrückte – die Generalkommission selbst kam nur indirekt vermittelnd, wenn überhaupt, mit den Erinnerungen an Carl Legien in den Blick. In der ausführlichen Berichterstattung des *Vorwärts* über die Trauerreden anlässlich Legiens Beerdigung taucht die Generalkommission nur ein einziges Mal auf (Vorwärts, Nr. 1 vom 1. Januar 1921, 2. Beilage).

Schließlich bleibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auch in der (außerwissenschaftlichen) Erinnerung an das Stinnes-Legien-Abkommen vom November 1918 durchgängig im Hintergrund. In der ausführlichen Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des 100. Jahrestages des Stinnes-Legien-Abkommens, dem »Grundstein der erst später so genannten und viel gelobten Sozialpartnerschaft«, stehen die beiden Namensgeber im Mittelpunkt (Steinmeier 2018). Die Generalkommission taucht hingegen kein einziges Mal auf. Ihre Beteiligung als Ganzes, die für einen pragmatischen Kurs der letzten Jahre des Kaiserreichs stand und so auf Gewerkschaftsseite überhaupt die Grundlage für diesen »klassenfriedlichen« Kompromiss schuf, wird im Zusammenhang mit dem Stinnes-Legien-Abkommen in der Öffentlichkeit nicht erinnert (siehe exemplarisch Frese 2018).

Erinnerungsansätze im gewerkschaftlichen Gedenken (1915 bis 1980)

Ehrlich gingen die Gewerkschaftszeitungen anlässlich des 25-jährigen Gründungsjubiläums der Generalkommission mit der Jubilarin um. Sie gaben zu, dass nach dem Halberstädter Kongress von 1892 die »Wirksamkeit der Generalkommission in der nächsten Zeit auf mancherlei Hindernisse (stieß)« und der

Unmut über die ausbleibenden »sichtbaren Erfolge« der Gewerkschaftsbewegung so groß wurde, dass es »bis zum Kongreß 1896 in Berlin sogar zu Anträgen der Metallarbeiter auf Aufhebung der Generalkommission« kam. Die Metallarbeiter-Zeitung räumte ein, dass deren »Annahme zweifellos ein großer Fehler gewesen« wäre (Deutsche Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 47 vom 20. November 1915). Auch der *Courier*, die Gewerkschaftszeitung des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes, verwies auf den krisenhaften Beginn der Generalkommission (Courier, Nr. 23 vom 7. November 1915, S. 259).

Wäre die Entwicklung der Generalkommission so krisenhaft weitergelaufen, hätte es wohl gar keinen Grund gegeben, an die Entstehung des Dachverbands der Gewerkschaften zu erinnern. Doch über die folgenden Jahre zeigten die Zeitungen der Einzelverbände sich in ihrer Meinung einmütig. Wie »jede Neueinrichtung« habe die Generalkommission »mit mancherlei Mißhelligkeiten, Mißverständnissen und Widerständen zu kämpfen« gehabt. Doch wer »wollte wohl heute noch ihren Bestand, ihre Einrichtung missen?«, fragte der *Courier* rhetorisch. Durch ihre statistische Arbeit, ihr Bestreben nach internationaler Zusammenarbeit, den Aufbau einer sozialpolitischen Abteilung sowie die Herausgabe des *Correspondenzblattes* sei die Generalkommission zu einem wesentlichen Garanten für die Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften mit ihren 2,5 Millionen Mitgliedern vor Ausbruch des Krieges geworden (ebd.).

Bemerkenswerterweise blendete das *Correspondenzblatt* in seinem zweieinhalbseitigen Leitartikel zur Gründung der eigenen Institution »Mißhelligkeiten« und Bedrohungen durch die starken Einzelgewerkschaften fast vollständig aus. In den Erinnerungen dominierte das Beschwören der Einheit: Die Generalkommission sei »als geistiges Band und Ausdruck des gemeinsamen Wirkens der gewerkschaftlichen Kampforganisationen ins Leben gerufen« worden (Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 46 vom 13. November 1915, S. 494–495). Die fundamentale Spaltung der Arbeiterbewegung gegen Ende des Ersten Weltkrieges war 1915 noch nicht eindeutig abzusehen. Aber erste Risse hatten sich schon zu diesem Zeitpunkt vor allem parteipolitisch abgezeichnet. Auch von daher war dieser Artikel des Organs der Generalkommission ein Versuch, die Reihen geschlossen zu halten und das Erinnern daran »als vergangenheitspolitische Ressource nutzbar« zu machen (Kellershohn in diesem Band).

In der Weimarer Republik blickte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund kaum auf seine Vorgängerin zurück. Bei einer Sitzung des Bundesausschusses des ADGB am 30./31. Juli 1929 erinnerte Theodor Leipart zwar daran, dass »der ADGB am 1. Juli dieses Jahres sein zehnjähriges Jubiläum hätte feiern können«. Doch auf eine Feier habe man verzichtet, auch wenn niemand bezweifle, dass »die festere Bindung der Gewerkschaften durch die Gründung des Bundes

vorangekommen sei (Sitzungsprotokoll des Bundesausschusses, 30./31. Juli 1929, In: Kuckuck/Schiffmann 1986, Bd. 3/II, S. 1266f.). Auf die Generalkommission verwies Leipart nicht.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die Generalkommission im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine eher untergeordnete Rolle. In einer Denkschrift zur Frage einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft verwies Hans Böckler 1945 darauf, dass vor dem Ersten Weltkrieg die freien Gewerkschaften „ziemlich lose um die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands [...] versammelt gewesen« seien. Erst im Ersten Weltkrieg, so Böckler, sei »die Rolle der Generalkommission der Gewerkschaften allmählich stark gewachsen« (Hans Böckler, Denkschrift zur Frage der zentralistischen Einheitsgewerkschaft, 5. November 1945. In: Mielke 1987, S. 1037–1041, hier S. 1038). Dass der Bedeutungszuwachs der Generalkommission gewerkschaftsintern bereits nach 1900 gewachsen war, erschien nicht Erinnerungswürdig; Böckler hatte hier die starke Rolle der Generalkommission im Staat und in der Politik im Sinn. In den publizierten Protokollen und Materialien des ADGB und DGB zwischen 1945 und 1982 wird der Generalkommission ansonsten kaum gedacht. Nach Band 6 wird sie auch nicht mehr im Sachregister als eigenständiges Stichwort verzeichnet (Weber et al. 1985–2017).

Carl Legien tauchte dagegen im Gedenken und Erinnern des DGB immer wieder auf. Im November 1961 gab es auf der Sitzung des DGB-Bundesvorstands einen »Überblick über die anlässlich des 100. Geburtstages von Carl Legien vorgeschlagenen Aktionen«; und 1970 erklärte sich anlässlich des 50. Todestags von Carl Legien der DGB-Bundesvorstand damit

»einverstanden, dass nach Überprüfung der Situation durch den DGB-Landesbezirk Berlin der Geschäftsführende Vorstand endgültig entscheidet, ob des 50. Todestages von Karl Legien durch Kranzniederlegungen an der Gedenkstätte in West-Berlin und dem Grab von Karl Legien in Ostberlin gedacht werden soll« (Protokoll der 15. Sitzung des Bundesvorstands, 1. Dezember 1970. In: Mertsching 2013, S. 345).

Doch ein Zusammenhang zwischen Legien und der Generalkommission wurde kaum noch hergestellt, und dass er ihre führende Kraft gewesen war, trat in den Hintergrund. Auch auf der großen geschichtswissenschaftlichen Konferenz des DGB im Jahr 1979 fehlen Rückbezüge auf Carl Legien und die Generalkommission fast vollständig. Während der Tagung diskutierten die Teilnehmer*innen zwar die Rolle der Gewerkschaften im Kaiserreich. Doch außer einigen Hinweisen auf die Existenz der Generalkommission als Institution und ihr Bemühen um gewerkschaftliche Organisation unter Landarbeitern wurde ihre Arbeit und Bedeutung nicht weiter erörtert (Vetter 1980, S. 35, 40f., 68).

Erinnerung an die Generalkommission hieß letztlich für die Gewerkschaften und den DGB der Bundesrepublik auch, das weiterhin bestehende schwierige Beziehungsgeflecht zwischen Dachverband und Einzelgewerkschaften zu reproduzieren. Denn auch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stieß etwa Hans Böcklers Vorstellung einer »straffen Zentralisation« nicht nur auf den Widerstand der Alliierten, sondern ihr stellten sich »auch die auf ihrer Autonomie und Stärke beharrenden Industriegewerkschaften« entgegen. Für die folgenden Jahre und Jahrzehnte galt gar die »zunehmende Dominanz der Einzelgewerkschaften gegenüber dem Bund« (Müller/Wilke 2014, S. 150 ff.).

Aus dieser Perspektive war erinnerungskulturell nicht viel Kapital aus der Geschichte der Generalkommission zu schlagen, denn mit dieser Konkurrenzsituation hatte sie sich ja bereits selbst herumschlagen müssen. Dass auf der anderen Seite der erkämpfte Einheitsgedanke der Gewerkschaften damit aber ebenfalls ausgeblendet wird, ist die Kehrseite der Medaille. Dabei ist es dieses Einheits-Narrativ, mit dem – so bereits im Gedenken an die 25-jährige Gründung der Generalkommission – der Erfolg und Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung mit der Erinnerung an die Generalkommission verknüpft werden kann (siehe z. B. das Vorwort des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer vom November 1990 in Scharer 1991, S. VIII f.). Damit bietet sich auch die Möglichkeit, dass die Generalkommission Teil der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur bleibt.

Fazit

Nimmt man die Überlegungen des vorherigen Abschnitts über bestehende Schwierigkeiten im Gedenken an die Generalkommission auf, muss abschließend auf einen weiteren Bremsklotz in der Erinnerungsarbeit nach 1945 verwiesen werden: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war während der gesamten Zeit ihrer Existenz der Dachverband der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dies gilt es zu betonen, denn dieser Fakt machte ein Anknüpfen in den Erinnerungen des nach 1945 gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes zumindest nicht leichter, stand der DGB doch als Einheitsgewerkschaft für den Zusammenschluss der früher getrennten sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftsmitglieder.

Erinnerungskulturell lässt sich ebenfalls argumentieren, dass es leichterfällt, an den 2. Mai 1933 zu erinnern, da hier die Opferrolle der Gewerkschaften in den Vordergrund tritt, wohingegen die Generalkommission mit ihren Entscheidungen im August 1914 und in den folgenden Kriegsjahren Teil des politischen

Systems wurde. Auf diese Seite der Generalkommission musste aber eine nicht verklärende, kritische Erinnerungskultur der Gewerkschaften immer auch verweisen, wollte sie nicht als apologetisch erscheinen.

Schließlich lässt sich argumentieren, dass die Generalkommission in der Tat den Dachverband einer beeindruckenden Organisation mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges darstellte. Allerdings standen diese Mitglieder eben nicht direkt hinter ihr, sondern vermittelt über die Stärke der Einzelgewerkschaften. Stark und handlungsfähig war und ist der Dachverband »immer nur dann«, »wenn er seine Mitgliedsgewerkschaften zum gemeinsamen Handeln zusammenführen kann«, wie Heinz-Werner Meyer es 1990 im Rückblick auf hundert Jahre Generalkommission formulierte (Scharer 1991, S. VIII f.).

Deswegen und trotz aller Schwierigkeiten ist die Generalkommission nicht vergessen. Zum einen stand sie bis vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges eben auch für internationale Solidarität und Kooperation, an die sich anknüpfen ließ, etwa als zu den Erinnerungsfeierlichkeiten in Halberstadt 1992 Delegationen der polnischen Solidarność und weiterer osteuropäischer Gewerkschaften eingeladen wurden. Zum anderen war die Generalkommission die erste Dachorganisation der sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Diese »Primus-Rolle« kann man der Generalkommission nicht nehmen und auf sie lässt sich immer verweisen. Letztlich war ihre beinahe dreißigjährige Geschichte auch kein einziges Fiasko, das man am liebsten aus der gewerkschaftlichen Erinnerungskulturen heraushalten wollte.

Die Generalkommission »wandelte sich in der Zeit um die Jahrhundertwende zu einem allgemein akzeptierten Bindeglied zwischen den Gewerkschaften und zu einer politisch immer mächtiger werdenden Zentralstelle« (Führer 2009, S. 95). Klaus Schönhoven räumte ihr sogar einen noch größeren Einfluss ein, da sie sich »von einem relativ einflusslosen statistischen Büro zur zentralen Instanz des Dachverbandes entwickelte, die schließlich innerhalb der freien Gewerkschaften ebensoviel Autorität besaß wie der Parteivorstand innerhalb der SPD« (Schönhoven 1987, S. 63). Dieses Narrativ der starken, Einheit stiftenden Organisation ließ sich aber eben nicht erinnerungspolitisch ungebrochen vermitteln. Vielmehr blieben auch die Spannungen virulent, die Verstrickungen in der Kriegszeit, die eine durchgehende Erinnerungslinie erschwerten.

Erinnerungen an Institutionen werden schließlich durch die sie repräsentierenden Köpfe erleichtert. Mit dem zeitlichen Abstand geht dieser Effekt zwar zurück. Doch gerade medial und innergewerkschaftlich ist die Personalisierung von Einrichtungen wesentlicher Bestandteil der Erinnerungskulturen. Carl Le-

gien repräsentierte diese Persönlichkeit für die Generalkommission. Zwar war Legien unter seinen Zeitgenossen keineswegs unumstritten und galt als schwieriger Charakter (Führer 2009, S. 10). Doch durch sein Wirken beim Stinnes-Legien-Abkommen und bei der Niederschlagung des reaktionären Kapp-Putsches 1919 können Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft bis heute »an diesen überzeugten Gewerkschafter und Demokraten, der bedingungslos für die Weimarer Republik eingetreten ist«, erinnern, wie es 2011 in einem Aufruf des DGB zur Teilnahme am Besuch von Legiens Grab auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde hieß. In solchen Zusammenhängen ließ sich dann auch immer daran erinnern, dass Legien »erster Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften« war und so zumindest der Name der Institution, die Legien entscheidend prägte, im Gedächtnis bleibt (DGB 2011).

Insgesamt wird man die Bemühungen, der Generalkommission in der gewerkschaftlichen wie in der allgemeinen Öffentlichkeit zu gedenken, wohl eher als erinnerungspolitische Anstrengung einordnen können. Es ging zum einen darum, das Organisationsnarrativ der Einheit der Gewerkschaftsarbeit in den Vordergrund zu stellen, die unbestreitbar von der Generalkommission ihren Ausgang nahm und in dieser Hinsicht auch als Erfolgsgeschichte erinnert werden konnte. Zum anderen, und dies war heikler, ging es um die Integration der Gewerkschaften in den Staat und die Gesellschaft, den Ausbau ihrer Stärke, um die Interessen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Hier traf man auf die bereits mehrfach angesprochene Anpassung an das Wilhelminische Kaiserreich. Produktiv griff diese Spannungslinie Heinz-Werner Meyer auf, als er auf der Erinnerungsfeier 1992 in Halberstadt über die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen meinte: »Wir befinden uns mitten in der Gesellschaft; wir sind ein wesentlicher Bestandteil von ihr und dennoch auch Außenseiter, Subkultur, Stachel im Fleisch, Ordnungsfaktor und Gegenmacht« (DGB 1892/1992, S. 17).

Aber auch die Differenzen zwischen freien Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei hinsichtlich Zusammengehörigkeit, Eigenständigkeit und Abgrenzung bildeten ein weiteres Themenfeld, bei dem die Erinnerung an die Generalkommission in der Gegenwart bestehende Konflikte eher spiegele, als sie für deren Überwindung nutzen zu können. Es sind diese vielfältigen Spannungslinien, die die Generalkommission nicht zu einer vergessenen Institution, aber zu einem herausfordernden, ambivalenten Erinnerungsort machen.

Literatur und Quellen

- Andresen, Knud (2014): Triumphherzählungen. Wie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über ihre Erinnerungen sprechen. Essen: Klartext.
- Aschmann, Birgit (Hrsg.) (2019): Durchbruch der Moderne? Neue Perspektiven auf das 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus.
- Berger, Stefan (Hrsg.) (2015): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945. Essen: Klartext.
- Bösch, Frank (2019): Im Bann der Jahrestage. In: Der Tagesspiegel, 3. November 2019.
- Brunner, Detlev (1992a): Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933. Köln: Bund.
- Brunner, Detlev (1992b): 100 Jahre gewerkschaftlicher Dachverband. Dokumente zur Entwicklung eines Selbstverständnisses. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 43, S. 297–309.
- Cornelißen, Christoph (2012): Erinnerungskulturen. https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/265/file/docupedia_cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012.pdf (Abruf am 28.4.2021).
- DGB, Bundesvorstand (1992): 1892/1992 »100 Jahre Gewerkschaftsbund in Deutschland«. Jubiläumsveranstaltung am 11. März 1992 in Halberstadt. Dokumentation.
- DGB (2011): Gedenken an Carl Legien, 25.11.2011, www.dgb.de/themen/++co++ed3f2c66-174b-11e1-7749-00188b4dc422 (Abruf am 28.4.2021).
- Fleck, Hans-Georg (1994): Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914. Köln: Bund.
- Frese, Alfons (2018): Lieber Acht-Stunden-Tag als die Revolution. In: Der Tagesspiegel, 16. Oktober 2018 (online) (Abruf am 16.7.2021).
- Führer, Karl Christian (2009): Carl Legien 1861–1925. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein »möglichst gutes Leben« für alle Arbeiter. Essen: Klartext.
- Hockerts, Hans Günter (2002): Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt am Main: Campus, S. 39–73.
- Hoffmann, Reiner (2019): Abschlussrede zum Festakt »70 Jahre DGB«. Wir begründen Solidarität.
- Holland, Judith (2019): Gewerkschaftliche Geschlechterpolitik: Ein deutsch-französischer Vergleich. Baden-Baden: Nomos.

- Köpcke, Monika (2017): 125 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund. Als sich die Gewerkschaften von der SPD lösten, Deutschlandfunk, Kalenderblatt vom 14. März 2017.
- Kuckuck, Horst A./Schiffmann, Dieter (Bearbeiter) (1986): Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 3/I und 3/II). Köln: Bund.
- Kurth, Josef (1957): Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland. Hannover: Norddeutsche Verlagsanstalt.
- Langewiesche, Dieter (2006): Erinnerungsgeschichte. Ihr Ort in der Gesellschaft und in der Historiographie. In: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 100, S. 13–30.
- Liebmann, Hermann (1919): Die Politik der Generalkommission. Ein Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft. Leipzig: Leipziger Buchdruck AG.
- Merkel, Angela (2019): Rede beim Festakt zum 70. Jahrestag der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 21. Oktober 2019.
- Mertsching, Klaus (Bearbeiter) (2013): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969–1975 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 16). Bonn: Dietz.
- Mielke, Siegfried (Bearbeiter) (1987): Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945–1949 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 6). Köln: Bund.
- Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred (2014): Gewerkschaftsfusionen. Der Weg zu modernen Multibranchengewerkschaften. In: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 147–171.
- Potthoff, Heinrich (1987): Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik. Düsseldorf: Droste.
- Scharrer, Manfred (Hrsg.) (1991): Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Halberstadt vom 14. bis 18. März 1892, Hamburg 1892. Reprint hrsg. und eingeleitet von Manfred Scharrer. Vorwort: Heinz-Werner Meyer. Köln: Bund.
- Schmidt, Jürgen (2018): Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870. Bonn: Dietz.
- Schneider, Michael (1989): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn: Dietz.

- Schneider, Michael (2018): Erinnerungskulturen der Gewerkschaften nach 1945. Arbeitspapier aus der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, Hans-Böckler-Stiftung. www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007159 (Abruf am 13.11.2021).
- Schönhoven, Klaus (1987): Die deutschen Gewerkschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schönhoven, Klaus (1992): Zur Rolle des Dachverbandes in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 43, S. 226–237.
- Schröder, Wolfgang (1965): Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin: Tribüne.
- Siebeck, Cornelia (2017): Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017 (Abruf am 28.6.2021).
- Steinmeier, Frank-Walter (2018): Rede bei der Festveranstaltung zum 100. Jahrestag des Stinnes-Legien-Abkommens, 16. Oktober 2018.
- Umbreit, Paul (2015): 25. Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890–1915. Erinnerungsschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Begründung der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin: Verlag der Generalkommission.
- Varain, Heinz Josef (1956): Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920). Düsseldorf: Droste.
- Vetter, Heinz O. (Hrsg.) (1980): Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München. Köln: Bund.
- Weber, Hermann, et al. (Hrsg.) (1985–2017): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 1-17. Köln: Bund.